

deutschen Bischöfe zu wenden, war das bevorstehende Millennium, die Tausendjahrfeier der Taufe Polens im Jahre 1966. Neun Jahre hatte sich die Kirche Polens geistlich auf dieses Jubeljahr vorbereitet. Der Brief der polnischen Bischöfe wie auch die Antwort der deutschen Bischöfe war sicher auch eine Frucht dieser geistlichen Erneuerung.

30. Heute stehen wir wieder in der Vorbereitung auf ein großes Jubiläum. Wir nähern uns dem Jahr 2000, in dem wir in einzigartiger Weise an die Menschwerdung des ewigen Wortes in der Fülle der Zeit erinnert werden. In demselben Jahr 2000 feiert die Kirche in Polen das tausendjährige Jubiläum des Bestehens der kirchlichen Hierarchie und die Gründung der Erzdiözese Gnesen, die mit Unterstützung von Kaiser Otto III. zustande gekommen ist. Wir hoffen, daß wir diese Feier gemeinsam begehen können, um Gott zu danken für alles Gute, das er uns in einer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte geschenkt hat, und um so gemeinsam den Weg ins dritte Jahrtausend gehen zu können.

31. In der Vorbereitung auf diese großen Jubiläen richten wir unser gemeinsames Wort an die Gläubigen unserer Kirchen, an alle Christen, an alle Menschen guten Willens, aber ganz besonders an die jungen Menschen, welche die Verantwortung für die Zukunft unserer Kirche und unserer Länder und damit weithin für die Zukunft Europas übernehmen

werden. Nach fünfzig Jahren Frieden in Europa eröffnet sich uns die einmalige Chance, diesen Frieden zu bewahren und auszubauen. Um uns die tragischen Erfahrungen des schrecklichen Krieges in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zu ersparen, müssen wir uns auf unsere christlichen Wurzeln besinnen und uns aus ihnen erneuern. Wir sind zutiefst überzeugt, daß man nur so einen dauerhaften Frieden unter den Völkern Europas aufbauen kann. Die weit verbreitete Zivilisation des Todes kann nur durch eine neue Zivilisation des Lebens und der Liebe überwunden werden.

32. Bitten wir daher Gott, den alleinigen Herrn der Geschichte,

– daß wir, Christen in Polen und in Deutschland, gemeinsam Gottes Verzeihung erlangen für alles, was sich Menschen aus unseren Völkern Böses angetan haben;

– daß wir im Vertrauen auf Gottes Erlösungsgnade einander Vergebung gewähren, daß niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Völker entzweie und daß unsere Brüder und Schwestern, die unter einem furchtbaren Krieg leiden, den Weg zum Frieden finden;

– daß wir im nächsten Jahrtausend zu Jesus Christus finden, der uns Weg, Wahrheit und Leben ist (vgl. Joh 14,6).

Möge die Fürsprache der Gottesmutter Maria uns auf diesem gemeinsamen Weg begleiten.

## 20 Jahre Freiheit

### Ein Blick auf die katholische Kirche in Spanien

*Spanien gehört zu den „klassischen“ katholischen Ländern in der Westhälfte Europas. Nach wie vor ist die katholische Kirche in Spanien, das vor zwanzig Jahren den Übergang vom Franco-Regime zur Demokratie vollzog, die dominierende religiöse Institution. Aber in ihrem Verhältnis zum Glauben haben sich die spanischen Katholiken inzwischen weithin dem westeuropäischen Normalmaß angeglichen; das Kirche-Staat-Verhältnis ist nicht spannungsfrei.*

„30 und 20 Jahre danach“ – so war ein Leitartikel der spanischen katholischen Dokumentationszeitschrift „Ecclesia“ Ende November letzten Jahres überschrieben. Für die katholische Kirche Spaniens fiel das dreißigjährige Jubiläum des Konzilsabschlusses zeitlich zusammen mit der Erinnerung an den Tod Francos und die Vereidigung von König Juan Carlos I. vor 20 Jahren im November 1975. Die Anstöße des Zweiten Vatikanums hatten maßgeblich dazu beigetragen, das Verhältnis der spanischen Kirche zum Franquismus zu verändern: Vom engen Schulterschuß zwischen „Thron und Altar“ in den ersten Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg zu einer weithin kritischen Haltung gegenüber dem autoritären Regime. In seiner berühmt gewordenen Predigt bei der feierlichen Messe zur Inthronisation des Königs for-

derte dann Kardinal *Vicente Enrique y Tarancón*, damals Erzbischof von Madrid und Vorsitzender der Spanischen Bischofskonferenz, Juan Carlos auf: „Seien Sie der König aller Spanier, ... all jener, die in gegenseitigem Respekt und in Liebe zusammenleben wollen.“

Mit Franco hatte der Heilige Stuhl 1953 ein Konkordat abgeschlossen, das die weitreichenden Privilegien der Kirche (Finanzierung, Erziehungswesen, Katholizismus als Staatsreligion) bestätigte: „Im Gefolge des Konkordats erreichten die Verflechtung und Verfilzung staatlicher und kirchlicher Institutionen einen in der spanischen Geschichte nie dagewesenen Umfang“ (*Walter Bernecker*, *Geschichte Spaniens seit dem Bürgerkrieg*, München 1988, 107). Im Zuge der „transición“, dem Übergang Spaniens zur Demokratie, wurde dann

auch konsequenterweise das Kirche-Staat-Verhältnis durch die Verträge von 1976 und 1979 neu geordnet (Grundlagenvertrag von 1976; Einzelverträge über juristische Fragen, Fragen von Erziehungswesen und Kultur, wirtschaftliche Fragen, Militärseelsorge von 1979).

## Priester, Ordensleute, Schulen

Spanien ist nach wie vor ein katholisches Land. Nach der neuesten kirchlichen Statistik (*Estadísticas de la Iglesia Católica en España 1995*) waren 1993 von den ca. 39,5 Millionen Einwohnern des Königreichs 37,3 Millionen katholisch. Sie verteilen sich auf 67 Diözesen sehr unterschiedlicher Größenordnung. So zählt das Erzbistum Madrid 2,8 Mio Katholiken und das Erzbistum Barcelona sogar 4,02 Mio, während etwa im Bistum Ciudad Rodrigo (Region Kastilien-Leon) nur 48 000 und im Bistum Jaca nur 40 000 Katholiken wohnen. 1993 gab es in Spanien 22 186 Pfarreien, davon jeweils etwa die Hälfte mit und ohne residierenden Pfarrer.

In den spanischen Bistümern gab es 1993 insgesamt 19 263 *Diözesanpriester*, davon knapp 4000 im Ruhestand. Die meisten Priester gehören der Altersgruppe von 60 bis 69 an (33 Prozent), unter 40 sind zwölf Prozent. 1993 wurden in Spanien insgesamt 296 Diözesanpriester geweiht (zum Vergleich: 1986 waren es 186 und 1990 230); dazu kamen 84 Weihen von Ordenspriestern. Die Zahl der Ständigen Diakone betrug (ebenfalls 1993) 143, davon jeweils fast ein Drittel im Erzbistum Barcelona und der Kirchenprovinz Sevilla. In den diözesanen Priesterseminaren studierten im Studienjahr 1993/94 insgesamt 2065 Seminaristen; in den Vorjahren waren es jeweils etwa gleich viele.

Die männlichen *Ordensgemeinschaften* zählten 1993 in Spanien insgesamt 22 234 Mitglieder, mit den Jesuiten als größter Gemeinschaft (2390). 1993 waren in Spanien 281 weibliche Ordensgemeinschaften mit zusammen knapp 70 000 Angehörigen vertreten. Die männlichen Gemeinschaften hatten 1993 insgesamt 365 Novizen, die weiblichen 814 Novizinnen. Etwa 6000 Mitglieder zählen die 30 in Spanien vertretenen Säkularinstitute. Mehrere der „neuen geistlichen Bewegungen“ sind in Spanien entstanden und dort auch dementsprechend präsent: In allen 67 Diözesen sind die Neokatechumenalen und der „Cursillo“ vertreten. In allen spanischen Bistümern hat auch die Katholische Charismatische Erneuerung Fuß gefaßt; in 22 die Focolarini und in zehn „Comunione e Liberazione“ (alle Angaben für 1994).

Die katholische Kirche in Spanien ist Träger zahlreicher *Ausbildungsstätten* auf allen Stufen und in allen Bereichen des spanischen Bildungssystems, von Kindergärten und Vorschuleinrichtungen bis zu Fachhochschulen und Universitäten. Im Schuljahr 1992/93 waren es 5736 schulische Einrichtungen mit insgesamt 1,6 Mio Schülern und ca. 68 000 Lehrern. Dazu kamen etwa 110 000 Studenten an den verschiedenen Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft, darunter ca. 5300 Theologiestudenten. In den letzten Jahren haben

sich innerhalb der katholischen Schul- und Hochschullandschaft Spaniens die Gewichte verschoben: Die Zahl der Schulen und Schüler im Primar- und Sekundarbereich ist zurückgegangen, dafür sind die Zahlen im Hochschulbereich gestiegen.

In den spanischen Bistümern bestanden 1993 insgesamt ca. 2900 *karitative Einrichtungen* (Krankenhäuser, Altersheime, Kinderheime usw.), in denen im Berichtsjahr insgesamt 1,26 Mio Menschen betreut wurden. Dabei ist im Berichtszeitraum der neuesten kirchlichen Statistik (1989–1993) die Zahl der Krankenhäuser, Ambulatorien und Altersheime in kirchlicher Trägerschaft zurückgegangen, während bei den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche eine Steigerung zu verzeichnen war. Die Statistik listet neben den genannten Einrichtungen auch die karitativen Programme und Aktionen der einzelnen Diözesen in den verschiedenen Bereichen von der Hilfe für Einwanderer und Obdachlose bis zur Arbeit mit Drogenabhängigen und der Dritte-Welt-Arbeit auf: Sie wird (alle Bereiche zusammengenommen) nur zu 13 Prozent von Hauptamtlichen und zu 87 Prozent von Ehrenamtlichen geleistet.

## Anzeichen einer religiösen Müdigkeit

In seinem Vorwort zu einer neueren Untersuchung über Glaube und Religion in Spanien (*Andrés Tornos/Rosa Aparicio, ¿Quién es creyente en España hoy?*, Madrid 1995) schreibt der Religionssoziologe *Joan Estruch*, die alten Grenzen, die Spanien von Mittel- und Nordeuropa getrennt hätten, seien verschwunden: „In bezug auf die Religiosität hat sich Spanien nicht nur dem europäischen Zug eingegliedert, sondern reist dabei auch nicht im Gepäckwagen am Schluß.“ Als „praktizierende Katholiken“ jedenfalls stuften sich 1993 nur 25 Prozent der Bevölkerung ein (1983 war der Anteil genau gleich hoch). 22 Prozent gaben an, „wenig praktizierende“ und 32 Prozent „nicht praktizierende Katholiken“ zu sein. Als „indifferent“ bezeichneten sich acht, als „Agnostiker“ vier und als „Atheisten“ drei Prozent.

Nach ihrem *Gottesdienstbesuch* befragt, gaben bei der gleichen Untersuchung (V. Informe sociológico sobre la situación social en España, Madrid 1994) 6,8 Prozent an, jeden Sonntag und außerdem auch an Wochentagen zur Messe zu gehen, 16,2 Prozent jeden Sonntag, 11,2 Prozent an den meisten Sonntagen, 19,1 Prozent an den großen Festen und 45,3 Prozent antworteten „Nie, oder fast nie“. Nach Altersgruppen differenziert war der Anteil der Nichtkirchgänger am höchsten bei den 22–25jährigen (65,1 Prozent) und den 26–35jährigen (61 Prozent). In diesen beiden Altersgruppen gaben sieben bzw. 7,3 Prozent an, jeden Sonntag die Messe zu besuchen.

Die Zahl der *Taufen* und der *kirchlichen Eheschließungen* ist im Berichtszeitraum zurückgegangen: 1989 wurden 370 498 und 1993 nur noch 314 662 Taufen registriert; die Zahl der kirchlichen Eheschließungen sank von 173 309 (1989) auf

148578 (1993). Dieser Rückgang entspricht allerdings ziemlich genau dem der Geburten und der Eheschließungen in Spanien in den betreffenden Jahren, signalisiert also kein Abrücken von den traditionellen katholischen „rites de passage“. Zu ihnen gehört auch die Erstkommunion: Hier ergab sich zwischen 1989 und 1993 ein Rückgang von 368556 auf 311051.

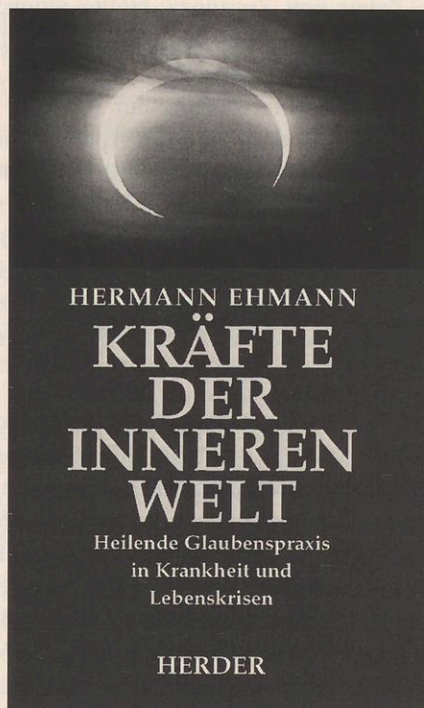
Von einer „religiösen Müdigkeit“ spricht *Joaquin Luis Ortega* bei einem Rückblick auf die Entwicklung von Glaube und Kirche in Spanien zwischen 1975 und 1996 (Vida Nueva, 8.7.95). Die Laizität der beherrschenden Kultur habe zu einem Bruch mit der klaren katholischen Identität geführt: „Es ist der anonyme Katholik aufgetaucht, furchtsam und unsicher, dazu einheitlich gefärbte Gemeinschaften, die nach innen religiös sehr aktiv sind, aber wenig sensibel für die gesellschaftliche Prägekraft des Glaubens.“ Die oben erwähnte Untersuchung von Andrés Tornos und Rosa Aparicio bestätigt in vieler Hinsicht dieses Urteil. Demnach wird der Glaube in Spanien heute weitgehend als Privatangelegenheit betrachtet, als eine Sache der subjektiven Entscheidung, die beim einen so und beim anderen anders ausfallen kann. Das Leben aus religiösen Antworten bleibe normalerweise „in der Reserve“, ohne erkennbare Auswirkungen auf das tägliche Leben.

„¿Quién es creyente en España hoy?“ unterscheidet drei Grundtypen von „Gläubigkeit“, die in Spanien im Selbstverständnis der Gläubigen wie in ihrer Einschätzung durch das gesellschaftliche Umfeld vorherrschend und für einzelne Regionen und Bevölkerungsgruppen charakteristisch sind: In der ersten Variante wird Religion bzw. Gottesglaube nur in existentiellen Grenz- und Notsituationen wirksam; in der zweiten kommt Gott hauptsächlich bei moralischen Urteilen und Gewissensentscheidungen ins Spiel; bei der dritten steht die Erfahrung von Gemeinschaft bei traditionellen Festen oder in überschaubaren Gruppen im Vordergrund. Zur Bewältigung der entsprechenden Probleme und Herausforderungen stehen allerdings auch profane Alternativen zur Verfügung. Diese, so die Autoren, würden auch von der großen Mehrheit der Gläubigen in Spanien als ebenso wirksam und sinnvoll wie das religiöse Pendant betrachtet.

### Eigenprägungen im Baskenland und in Katalonien

Unter „Kirche“, so ein weiteres Ergebnis der Studie, werde gewöhnlich nur die kirchliche Verwaltung und Hierarchie verstanden: „Von ihr spricht man normalerweise in sehr negativen Stereotypen, deren Gebrauch bei den Gläubigen beinahe im gleichen Maß verbreitet ist wie bei den Nichtgläubigen“ (S. 120). Wird in Meinungsumfragen nach Institutionen gefragt, denen man Vertrauen entgegenbringt, schneidet die Kirche allerdings nicht schlecht ab. 1990 rangierte die Kirche mit einer Zustimmung von 53 Prozent der Befragten auf dem dritten Platz in der Vertrauensskala nach

## Ganzheitliche Heilungswege



**NEU** 160 Seiten, Paperback,  
DM 22,80 /öS 169,- /SFr 22,-  
ISBN 3-451-22770-3

Hermann Ehmann entfaltet in seinem Lebens- und Glaubenshilfebuch einen ganzheitlich religiösen Heilungsweg. Informativ und lebensnah werden im ersten Teil, der Diagnose, die verschiedenen Krankheitsbilder auf ihre möglichen spirituellen Ursachen hin untersucht. Der zweite Teil, die Therapie, bietet ein breites Spektrum praxisorientierter Selbsthilfe an. Schritt für Schritt werden die eigenen Ängste und Schatten entlarvt und ein neues, gereiftes Gottvertrauen aufgebaut. Ein wertvoller Ratgeber und wichtige Hilfestellung, die damit beginnt, wo die Mittel und Methoden der „normalen“ Medizin und Therapie an ihre Grenzen stoßen.

*In jeder Buchhandlung!*

**HERDER**

dem Erziehungssystem (61 Prozent) und der Polizei (57 Prozent).

Der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Elias Yanes* von Zaragoza, stellte einen Abschnitt seiner Eröffnungsansprache bei der jüngsten Vollversammlung der Konferenz im November 1995 unter die Überschrift: „Die innere Säkularisierung der Kirche.“ Er zitierte dabei ein Grundlagendokument der spanischen Bischöfe von 1990 mit dem Titel „Die Wahrheit wird euch freimachen“. Darin hieß es u. a., in einigen Teilen des spanischen Katholizismus habe sich eine diffuse Mentalität ausgebreitet, die mit der guten Absicht, die Kirche der modernen Welt näherzubringen, ohne hinreichendes Unterscheidungsvermögen Ansichten, Denk- und Handlungsschemata einer säkularen Kultur übernommen habe.

Yanes betonte, zur Überwindung dieser „inneren Säkularisierung“ dürfe die Kirche nicht darauf verzichten, auf die Stimmen, Fragen und Probleme und Sehnsüchte der Menschen zu hören, die sie zu evangelisieren habe: „Wir dürfen nicht vor Präsenz und Dialog zurückschrecken.“ Es bedürfe großer Anstrengungen, so der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, um in allen Gläubigen die Bereitschaft zur Evangelisierung zu wecken. Im Frühjahr 1994 hatte die Bischofskonferenz einen Pastoralplan für den Zeitraum von 1994 bis 1996 verabschiedet (vgl. HK, Juli 1994, 337 ff.), in dessen Zentrum die Evangelisierung als Aufgabe der katholischen Kirche in Spanien steht.

Der Erzbischof von Zaragoza wurde im Februar 1993 als Nachfolger von Kardinal *Angel Suquia Goicoechea*, dem früheren Erzbischof von Madrid, zum Konferenzvorsitzenden gewählt. Seine erste dreijährige Amtszeit läuft demnächst aus. Neuer Erzbischof der spanischen Hauptstadt und damit auch sicherer Anwärter auf die Kardinalswürde ist seit dem Herbst 1994 *Antonio Maria Rouco Varela*, zuvor Erzbischof von Santiago de Compostela. Den Ehrentitel des „Primas von Spanien“ führt traditionsgemäß der Erzbischof von Toledo, der alten westgotischen Königsstadt südlich von Madrid. Neuer Erzbischof von Toledo wurde im Juni letzten Jahres *Francisco Alvarez Martínez*, bis dahin Bischof von Orihuela-Alicante.

Die umstrittenste Bischofsnennung des vergangenen Jahres in Spanien war die des neuen Bischofs von Bilbao, der Hauptstadt des Baskenlandes. Am 8. September 1995 wurde der Bischof von Palencia (Kastilien-Leon), *Ricardo Blázquez Pérez*, also ein Nicht-Baske, zum neuen Bischof von Bilbao ernannt. Schon im Vorfeld hatten führende Vertreter der baskischen Regierungspartei PNV (Partido Nacionalista Vasco) gegen die Ernennung eines Nicht-Basken heftig protestiert: Es hieß u. a., Bischof Blázquez in die baskische Hauptstadt zu versetzen, wäre mit der Ernennung eines Franzosen zum Erzbischof von Madrid vergleichbar. Rom ließ sich durch die baskischen Störfeuer nicht beirren und hielt an Blázquez fest; gleichzeitig wurde der Baske *Carmelo Echenagusia Uribe*, ausgewiesener Kenner der baskischen Literatur, zum Weihbischof für Bilbao ernannt.

Das Baskenland und Katalonien waren die ersten Regionen, die nach dem Übergang zur Demokratie in Spanien ein Autonomiestatut erhielten (in beiden Regionen wurden die Statuten bei Volksabstimmungen am 25. Oktober 1979 mit großer Mehrheit angenommen). Auch der *katalanische Katholizismus* hat seine Eigenprägung innerhalb der spanischen Kirche: In religiöser Hinsicht, so der oben erwähnte Religionssoziologe Estruch, liege Barcelona weiter von León entfernt als von Lyon, sei es näher an Mailand als an Sevilla anzusiedeln.

Die Diözesen der Autonomen Region Katalonien (Kirchenprovinz Tarragona und Erzbistum Barcelona) hielten im Frühjahr 1995 ein Provinzialkonzil ab, das sich mit vier Themenbereichen befaßte: „Die Verkündigung des Evangeliums in unserer Gesellschaft“, „Wort Gottes und Sakrament“, „Die Sorge für die Armen und Marginalisierten“, „Die kirchliche Gemeinschaft und die interdiözesane Koordination unserer Kirchen“. In der Schlußbotschaft des Konzils heißt es: „Unsere Diözesen bilden mit dem Reichtum ihrer Traditionen und den spezifischen Wurzeln, die ihnen ein eigenes Profil verleihen, zweifellos eine pastorale Einheit.“

Ungeachtet der Regionalisierung Spaniens ist für das *Verhältnis von Kirche und Staat* nach wie vor die gesamtstaatliche Ebene entscheidend. Im vergangenen Jahr fanden zwei Treffen zwischen Vertretern des Staates und der Spanischen Bischofskonferenz statt. Auf der Tagesordnung standen Fragen aus den Bereichen Finanzen, Sozialgesetzgebung, Kultur, Erziehungswesen, Gesundheitswesen und Sozialversicherung. So ging es beispielsweise um die Steuerbefreiung für kirchliche Immobilien, die Entwicklung der Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge oder die staatliche Anerkennung kirchlicher Universitätsabschlüsse.

---

## Streit um den schulischen Religionsunterricht

---

Als ungelöste Frage tauchte in den gemeinsamen Kommunikés über die Treffen vom 28. Februar wie vom 12. Dezember 1995 vor allem die der Ausgestaltung des *schulischen Religionsunterrichts* auf. Der Religionsunterricht wird grundsätzlich im Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und Spanien von 1979 über Erziehungswesen und Kultur geregelt. Dort heißt es (Art. II), die Lehrpläne aller Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie der entsprechenden Berufsschulen müßten katholischen Religionsunterricht zu „gleichen Bedingungen wie die übrigen Hauptfächer“ vorsehen: „In Achtung vor der Gewissensfreiheit wird dieser Unterricht für die Schüler nicht verpflichtend sein. Es wird aber dennoch das Recht garantiert, Religionsunterricht zu erhalten.“

Der Prozentsatz der Schüler, die am Religionsunterricht teilnehmen, ist je nach Schulstufe und Schulträger (staatlich, privat-nichtkirchlich oder kirchlich) unterschiedlich: Im Schuljahr 1993/94 besuchten z. B. in der Sekundarstufe der staatlichen Schulen 60 Prozent den Religionsunterricht, in

den staatlichen Berufsschulen der gleichen Stufe 52 Prozent (im Schuljahr 1987/88 waren es noch 69 bzw. 59 Prozent). Die Kirche wirft auch den neuesten staatlichen Bestimmungen zum Religionsunterricht (Ende 1994 billigte die Regierung ein entsprechendes „Königliches Dekret“) vor, der Religionsunterricht werde (etwa bei der Bewertung der Noten) gegenüber anderen Fächern diskriminiert; die Alternativangebote für die Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, seien weniger anspruchsvoll und würden sie dazu verleiten, auf den Religionsunterricht zu verzichten.

Noch nicht endgültig geregelt ist in Spanien auch das System der *Kirchenfinanzierung*. Seit 1988 können die Spanier 0,5239 Prozent der Einkommensteuerschuld in ihrer Steuererklärung entweder der Kirche oder anderen sozialen, kulturellen oder erzieherischen Zwecken zur Verfügung stellen. Für den kirchlichen Verwendungszweck entschieden sich bei der Steuererklärung für 1992 zwischen 62 Prozent (Provinz Avila) und 32 Prozent (Provinz Guipuzcoa) der Steuerpflichtigen. Die Gesamteinnahmen der katholischen Kirche Spaniens aus dieser Finanzierungsart beliefen sich für das

Steuerjahr 1992 auf fast 14 Milliarden Peseten, also etwa 170 Mio DM. In den beiden Jahren zuvor waren es 11,4 bzw. 12,7 Milliarden Peseten. Die Kirche strebt eine Revision dieses Finanzierungssystems an; u. a. hält sie den Satz von 0,5239 Prozent für zu niedrig (in Italien mit seinem in etwa vergleichbaren System sind es 0,8 Prozent).

Für das künftige Verhältnis von Kirche und Staat in Spanien wird einiges vom Ergebnis der *bevorstehenden Parlamentswahlen* am 3. März abhängen. Seit 1982 wird Spanien ununterbrochen von der Sozialistischen Partei (PSOE) unter *Felipe González* regiert, der nochmals als Spitzenkandidat seiner Partei antritt. Nach den Umfragen könnte diesmal allerdings der „Partido Popular“ unter *José Maria Aznar* den Sieg davontragen. Das Verhältnis zwischen Kirchenleitung und sozialistischer Regierung war nie ganz spannungsfrei, wobei die Gründe dafür auf beiden Seiten zu suchen sind. Zwischen 1977 und 1993 ist der Anteil der praktizierenden Katholiken in der Wählerschaft des PSOE von 19 auf 32 Prozent gestiegen, beim PP (beziehungsweise seiner Vorgängerpartei) von 79 auf 51 Prozent gesunken. *Ulrich Ruh*

## Ein wichtiger Vorlauf

### Die russischen Parlamentswahlen vom Dezember 1995

*In der am 17. Dezember 1995 gewählten russischen Staatsduma verfügen Kommunisten und Nationalisten über eine deutliche Mehrheit. Das Wahlergebnis belegt eine massive Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung angesichts der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Reformen. Für die Präsidentschaftswahl vom Juni dieses Jahres ist es kein gutes Omen. Unser Autor Eberhard Schneider ist Wissenschaftlicher Oberrat am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.*

Am 17. Dezember 1995 wurde die neue russische Staatsduma gewählt. Die normale Legislaturperiode beträgt zwar vier Jahre (Art. 96, Abs. 1), aber die am 12. Dezember 1993 in einem Referendum mit einer knappen Mehrheit angenommene neue Verfassung der Russischen Föderation (vgl. HK, Februar 1994, 68 ff.) sieht in einem Anhang vor, daß die erste Staatsduma – bzw. die fünfte, wenn die vier Staatsdumen vor der Revolution von 1917 mit ihren kurzen Legislaturperioden mitgezählt werden – nur eine Legislaturperiode von zwei Jahren hat.

Die Staatsduma vom 17. Dezember 1995 unterscheidet sich in vielem von der vom 12. Dezember 1993: Die Wahl von 1995 erfolgte auf der Grundlage einer bereits geltenden Verfassung und nicht im Rahmen einer Verfassung, die erst durch das Referendum am Wahltag verabschiedet werden mußte. 1995 wurde nur die Staatsduma und nicht zugleich auch der Föderationsrat, die andere Parlamentskammer, gewählt wie 1993. Die Staatsdumawahl 1995 ist nicht das Ergebnis eines blutigen Machtkampfes wie im Oktober 1993.

Erstmals erfolgte die Wahl auf der Grundlage eines ausführlichen und ziemlich präzisen *Wahlgesetzes* und nicht auf der Basis eines Wahlerlasses des Präsidenten. Zwischen dem 21. September 1993, an dem Jelzin den russischen Volksdeputiertenkongreß aufgelöst hatte, und der Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993 gab es kein russisches Parlament, das ein Gesetz hätte verabschieden können.

Die *Hürden für die Zulassung* der Parteien/Wahlblöcke/Wählervereinigungen wurden 1995 heraufgesetzt: Statt 100 000 Unterschriften (jeweils nur 15 Prozent in einem Föderationsobjekt) wie 1993 waren diesmal 200 000 Unterschriften (jeweils nur sieben Prozent in einem Föderationsobjekt) erforderlich. Die Staatsdumawahl 1995 fand auf einer breiteren demokratischen Grundlage statt als 1993, nämlich mit einer fast verwirrenden Vielfalt: Statt 13 Parteien usw. traten diesmal trotz der erwähnten erschwerten Voraussetzungen 43 an. Nicht zuletzt wegen der Vielzahl der um die Wählergunst werbenden Parteien usw. war die Wahl 1995 noch stärker personalisiert als 1993. Die Wähler orientierten sich fast